

Medienmitteilung

## **BDP ist gegen die Ausschaffungs-Initiative**

## **BDP unterstützt den direkten Gegenvorschlag**

**Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist gegen die Ausschaffungs-Initiative und unterstützt den direkten Gegenvorschlag der Staatspolitischen Kommission des Ständerates.**

Die BDP unterstützt den direkten Gegenvorschlag, weil mit dieser Regelung Bagatellfälle ausgeschlossen und alle schweren Straftaten unabhängig von der Art des Delikts erfasst werden. Die Ausschaffungs-Initiative dagegen enthält eine eher zufällige Aufzählung von mehr oder weniger schweren Delikten, die zu einem bedingungslosen Widerruf der Bewilligung führen. Auch beim Sozialmissbrauch sieht die Volksinitiative einen Widerruf des Aufenthaltsrechts in Bagatellfällen vor, es wird keine Mindeststrafe vorausgesetzt. Der direkte Gegenvorschlag hingegen sieht für den Missbrauch in den Bereichen der Sozialversicherungen und der Sozialhilfe strengere Regelungen vor. Zudem werden Betrugsfälle bei den Steuern und Abgaben sowie im Wirtschaftsbereich in der Initiative nicht erwähnt, während der direkte Gegenvorschlag diese in den Augen der BDP wichtigen Punkte, regelt.

Mit dem direkten Gegenvorschlag wird zudem – dies im Gegensatz zur Initiative – klar zum Ausdruck gebracht, dass keine Rückführungen in Länder möglich sein sollen, wo die oder der Weggewiesene mit Tod oder Folter bedroht wird.

### Auskunft:

SR Werner Luginbühl, 079 481 07 69

10.03.2010